



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 23. Juni 2009
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stv. Spallek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten Nr. ./.

(Drucksachenband ./.)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0040 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0041 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 05.05.2009 wird genehmigt.

Einstimmig

0042 09-F-06-0019

Sachstand "Stadtteiljugendbeauftragte"
- Antrag der Linken Liste vom 24.04.2009 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag der Linken Liste.

Herr Dr. Heimlich (Leiter des Amtes der Stadtverordnetenversammlung - 16) ist zu diesem Punkt anwesend und berichtet, dass 16 vom Grundsatz her nicht für die Einrichtung und Betreuung der Stadtteiljugendbeauftragten (SJB) zuständig ist, sondern diese Aufgabe durch zu Zuordnung in den Bereich der Ortsbeiräte vom Hauptamt wahrgenommen werden müsste. Durch die Durchführung des Tages der Jugend durch 16 gibt es aber vielerlei Berührungspunkte.

Außerdem wird in Kürze ein Jugendparlament eingerichtet, das ebenfalls von 16 betreut werden wird und bei dem 16 schon in die Vorarbeiten seit längerem eingeschaltet ist.

Amt 16 ist besonders daran interessiert, die jugendpolitische Partizipation voranzutreiben, auch Stadtverordnetenvorsteherin Angelika Thiels hat sich dieses Ziel auf die Fahne geschrieben.

Er stellt klar, dass es keine Aufgabenbeschreibung für die Arbeit der Stadtteiljugendbeauftragten gibt. Es wurde lediglich in groben Zügen umschreiben, welche Aufgaben evtl. wahrgenommen werden könnten, der Rest ist Sache des/der jeweiligen SJB selber. Man ist sich aber darüber einig, dass die Arbeit der SJB schlagkräftiger werden soll.

Herr Weinand (AG Partizipation) ist ebenfalls in der Sitzung anwesend und stellt sich als Jugendbildungsreferent und Sprecher der AG Partizipation vor.

Auch er berichtet, dass es anfänglich gar nicht klar war, welche Aufgaben auf die SJB zukommen bzw. wie sich die Aufgaben in den einzelnen Stadtbezirken entwickeln. Hinzu kommt, dass die Aufgaben in den einzelnen Ortsbezirken sehr unterschiedlich sind. Marc Dahlen (Nordost) hat zu einem Gespräch eingeladen, in dem über die Aufgaben der SJB gesprochen werden soll. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, dass die SJB bei den Ortsbeiräten „angesiedelt“ sind. Für die Jugendlichen sollte aber erkennbarer werden, wer für sie zuständig ist und wo man den SJB erreichen kann.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Schickel unterstützt auch, dass man nicht vereinheitlichen könne, welche Aufgaben die SJB wahrzunehmen haben, dafür seien die Ortsbezirke zu unterschiedlich. Er hat aber festgestellt, dass die SJB bei den Jugendlichen gar nicht so bekannt sind. Er hält das von Herrn Weinand genannte Treffen der SJB für sinnvoll, würde aber auch gern über die Presse oder das Internet über die SJB informieren.

Herr Dr. Heimlich weist darauf hin, dass im Moment eine Homepage für das Jugendparlament erarbeitet wird. Auf dieser Homepage wird auch auf weitere „Jugendeinrichtungen“ hingewiesen werden, es wird eine Verlinkung mit der AG Partizipation geben usw. Man könne davon ausgehen, dass Jugendliche, die ihren SJB kennen lernen wollen, diesen nicht mehr verfehlen werden.

Stv. Bohrer fragt nach, wie denn mit der Kernaufgabe der SJB umgegangen wurde. In den einzelnen Stadtteilen gibt es viele unterschiedliche Themen - wie geht man an die unterschiedlichen Aufgabenstellungen heran? Hat man auch die Kinder selber befragt, wie z. B. der „Tummelplatz“ in Dotzheim aussehen soll?

Vors. Spallek berichtet, dass die LHW über die Aufgaben der SJB keine Haube stülpen wolle, einiges habe sich auch zum Selbstläufer entwickelt. Die Ortsbeiräte selbst sind gefragt, mit den jeweiligen SJB über jugendrelevante Themen zu sprechen. Es hänge aber auch oft an Personen, die sich unterschiedlich engagieren, aber auch an den Ortsbezirken selbst, die völlig unterschiedlich strukturiert sind. Man müsse auch akzeptieren, dass Ortsbeiräte Externe als SJB bestimmt haben.

Auch Stv. Manjura sieht einen Fehler darin, dass die Aufgaben der SJB nicht besser definiert worden sind. Aber er möchte keine Kontrolle ausüben. Für ihn ist eine Vernetzung mit der AG Partizipation wichtig, man könne auch Handlungsempfehlungen geben, mehr aber nicht, da es eine ehrenamtliche Tätigkeit in unterschiedlichen Ortsbezirken ist. Die Politik sollte die AG Partizipation und die Ortsbeiräte unterstützen, aber kein Korsett anlegen.

Auch Herr Weinand sieht es als sehr schwierig an, Vorgaben zu machen, man könne aber Möglichkeiten aufzeigen. Hier könnte die AG Partizipation auch Formulierungshilfen geben. Die Politik müsste aber vorgeschaltet sein. Er fragt Stv. Bohrer, wie er sich eine Beteiligung vorstellt. Die AG Partizipation sei gerne unterstützend tätig, aber die Ortsbeiräte müssen sich auch interessieren.

Stv. Bohrer spricht die Fluktuation bei den SJB an. Es gäbe noch Stadtteile ohne SJB. Man müsse die Interessen der Jugendlichen eruieren. So wisse er, dass das Amt für Soziale Arbeit - Frau Rech - Befragungen z. B. im Rahmen des Kinderstadtprojektes gemacht habe. Man sollte eine Geschäftsstelle für die SJB einrichten, die SJB weiter durch die Ortsverwaltungen unterstützt werden.

Stv. Dumont du Voitel ist SJB für Sonnenberg, war bei jedem Tag der Jugend im Rathaus anwesend, hatte bisher wenig Erfolg bei ihrer Werbung bei Jugendlichen für die Sitzungen der Ortsbeiräte, möchte sich aber keinen Weisungen für die Ausübung ihres Ehrenamtes beugen.

Herr Dr. Heimlich schlägt vor, eine Geschäftsstelle für die SJB bei Amt 16 einzurichten. Nach eingehender Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration bittet den Magistrat (Dezernat I/16), den Vorschlag des Leiters des Amtes der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Dr. Heimlich aufgreifend, die Stadtteiljugendbeauftragten **federführend formal und logistisch** zu unterstützen und zu beraten und ihnen Wege in die Verwaltung aufzuzeigen.

Einstimmig

0043 09-F-25-0065

Bekämpfung von Alkoholmissbrauch
- Antrag der Stadtverordnetenfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
12.06.2009 -

Stadträtin Zeimetz und Herr Erkel sind zu diesem Thema anwesend.

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass sie zusammen mit Herrn Erkel seit 2 Jahren arbeitsteilig gegen den massiven Alkoholkonsum von Jugendlichen in Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Suchthilfezentrum und den HSK Kontrollen durchführt. Man habe beim diesjährigen Wilhelmstraßenfest die gleichen Erfahrungen gemacht wie in den Vorjahren. Es seien 135 Jugendliche kontrolliert worden. Unter 14-jährige seien auf dem Wilhelmstraßenfest nicht angetroffen worden. Man habe angebrochene Alkoholika ausgeschüttet und die Eltern benachrichtigt. Man habe am Samstag sehr viele Jugendliche nicht auf dem Fest direkt, sondern auf dem Dernschen Gelände angetroffen. Neu war, dass Alkoholika in Limo-Flaschen abgefüllt war, aber die Kontrollierenden waren mit entsprechenden Teststreifen ausgestattet. Die Jugendlichen waren nicht erfreut über die Kontrollen. Von den Eltern wurden die Kontrollen durchweg positiv aufgenommen. Es habe in diesem Jahr ein Chill-Out-Zelt am Warmen Damm gegeben, in dem es sehr gemütlich zugeht.

Herr Erkel stellt weiterhin dar, dass man durch das Alkoholverbot den Warmen Damm als Nebenfestgeländer ausschließen wollte und dies auch erreicht habe. Die meisten Jugendlichen, die aufgefordert wurden, die Alkoholika abzugeben oder auszuschütten kamen der Aufforderung freiwillig nach. Man habe ansonsten häufig sog. Toilettenverstöße registriert. Insgesamt waren 56 Mitarbeiter/innen im Einsatz. Er geht davon aus, dass man nach 1 oder 2 weiteren Jahren der intensiveren Kontrollen evtl. die Kontrollen lockern könne.

Stadträtin Zeimetz weist darauf hin, dass der Warme Damm gut ausgeleuchtet und durch den Rückschnitt der Hecken besser einsehbar war und dadurch auch das Alkoholverbot besser durchgesetzt werden konnte.

Stv. Müller stellt fest, dass wenig Hinweisschilder zu den Toiletten aufgestellt waren und auch die Anzahl der Toiletten selber zu gering bemessen war. Es habe unendlich lange Schlangen gegeben. Er fragt nach, welche Erfahrungen man mit der Verlagerung der Techno-Szene hinter das Kleine Spiel gemacht habe. Er möchte außerdem wissen, ob man schon Erfahrungen mit Testkäufern gemacht habe.

Stadträtin Zeimetz wird das Toiletten-Problem klären und für das kommende Jahr Änderungsvorschläge erarbeiten.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Clubmeile hinter dem Kleinen Spiel wurde sehr positiv angenommen. Die Clubmeile war allerdings so überfüllt, dass einfach kein Durchkommen möglich war. Außerdem war es so laut, dass man auch niemanden hätte ansprechen können.

Es sei zu keine Eskalation in der Chill-Out-Area gekommen, man habe lediglich 2 Übergriffe registriert.

Testkäufer wurden nicht eingesetzt. Man habe aber mit den Veranstaltern gesprochen, sie in Bezug das Jugendschutzproblem sehr aufgeschlossen waren. Außerdem sind entsprechende Klauseln in den Verträgen der Standbetreiber aufgenommen worden.

Mit dem Projekt werde reine Prävention betrieben. Man habe die Feststellung gemacht, dass 16 oder 17-jährige Jungs, die Alkohol trinken dürfen, wesentlich jüngere Mädchen dabei haben, die dann auch zum Trinken animiert werden. Die jungen Männer müssten zum Umdenken angeregt werden.

Zu der im Zelt verteilten Bionade habe es keine Rückmeldung gegeben.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0044 09-F-01-0056

Ausbildung der städtischen Hilfspolizisten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Stv. Schickel begründet den Antrag. Es gehe um den Zeitfaktor z. B. Überstunden, den Einsatz und die Stellenausstattung generell. Er vermutet, dass das Fachamt zu knapp mit Stellen ausgestattet ist. Es fehle an der nötigen Präsenz der Hilfspolizeibeamten. Man müsse davon ausgehen, dass sich die Mitarbeiter/innen lieber mit dem ruhenden Verkehr als mit Hundehaltern beschäftigen, was z. T. auch verständlich sei.

Er möchte detailliert wissen, wie die Mitarbeiter, die oft Quereinsteiger in der Verwaltung sind, geschult und auf den Umgang mit den Bürger/innen vorbereitet werden.

Die gefühlte Unsicherheit in Wiesbaden sei sicher höher als die tatsächliche, aber eine bessere optische Präsenz wäre sicher gut, wobei man sicher auch nachts mehr Personal einsetzen müsse.

Er möchte auf jeden Fall eine schriftliche Antwort.

Lt. Vors. Spallek trägt seine Fraktion den Antrag mit und bittet um einen schriftlichen Bericht zur nächsten Sitzung.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass die Probleme nicht nur bei den Hilfspolizeibeamten selber lägen, sondern dass es auch sachliche Faktoren gäbe. Bei der Verschmutzung durch Hundekot habe es deutliche Verbesserungen gegeben, seit die entsprechenden Ständer auch tatsächlich öfter mit Beuteln aufgefüllt würden. Es komme aber immer noch zu Verunreinigungen durch Menschen. Auch ein Parkverbot löse nicht die Probleme, die durch das Zuparken der Straßen und Einfahrten mit Fahrzeugen entstünden; das sei vielmehr ein Problem der Parkraumbewirtschaftung.

Stadträtin Zeimetz sagt einen schriftlichen Bericht zur nächsten Sitzung zu.

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0045 09-F-01-0057

Sachstand Städtepartnerschaften
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion -

Stv. Schickel berichtet, dass Auslöser für den Antrag war, dass Istanbul besucht wurde. Man könne sich evtl. neue Städtepartnerschaften mit dortigen Städten vorstellen. Idealzustand besteht dann, wenn die Partnerschaft auf Bürgerebene oder über Schulen besteht.

Die Intensität der Partnerschaften sei sicher sehr unterschiedlich. Man müsse aber auch hinterfragen, ob alle Partnerschaften noch sinnvoll seien. Seine Fraktion möchte einen umfassenden Überblick über den momentanen Sachstand.

Er teilt außerdem mit, dass das Hinweisschild am Bahnhof in einem sehr schlechten Zustand sei.

Stv. Müller unterstützt den Antrag, weist aber darauf hin, dass dieses Thema im Ausschuss ausführlich diskutiert wurde und auch Vertreter der einzelnen Partnerschaftsvereine im Ausschuss berichtet haben. Er fühle sich gut informiert.

Auch Vors. Spallek unterstützt den Antrag. Eine Übersicht über den „Zustand“ der Partnerschaften mit Angaben zu erwirtschafteten Mittel und Förderung durch die LHW wäre wünschenswert.

Stv. Schickel weist abschließend darauf hin, dass es vor allem um die Partnerschaften gehe, von denen nicht so viel bekannt ist (z. B. Görlitz, Gent, Kreuzberg).

Der Antrag wird angenommen.

Einstimmig

0046 09-F-01-0058

Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Ocotal
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.06.2009 -

Stv. Schickel berichtet, dass diese Partnerschaft durch den Verein Nueva Nicaragua sehr gut funktioniere. Es würde fast schon Entwicklungshilfe betrieben. Die Partnerschaft existiert im kommenden Jahr 20 Jahre.

Stv. Dumont du Voitel sieht einen engen Zusammenhang zum vorher behandelten Punkt und bittet darum, die Ergebnisse zum vorstehenden Punkt zunächst abzuwarten.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass der Verein Nueva Nicaragua regelmäßig Publikation herausbringe. Man habe sich auch sehr gut mit der Kritik zum Umgang mit Frauen (Ausschusssitzung vor ca. 2 Jahren) auseinander gesetzt.

Man müsse schon von einer echten Partnerschaft ausgehen, zumal Zivildienstleistende in Ocotal eingesetzt würden.

Er schlägt vor, dass zu den Feierlichkeiten anlässlich der 20 Jahre bestehenden Partnerschaft auch Personen eingeladen werden sollten, die vor Ort waren.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Manjura berichtet von einer Fernsehsendung bei VOX über den Einsatz von Freiwilligen in Ocotol. Er wird der Geschäftsstelle eine CD zur Verfügung stellen, die dann von dort aus vervielfältigt und an die Ausschussmitglieder weitergegeben werden soll.

Der Antrag gilt als eingebracht und wird in der Sitzung nach der Sommerpause erneut aufgerufen.

Einstimmig

0047 09-F-06-0028

Wahlkampfplakatierung freiwillig einschränken
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 17.06.2009 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag und möchte verhindern, dass die Stadt demnächst wieder „zugepflastert“ werde. Das Stadtbild soll verbessert werden. Es gäbe andere Gemeinden, in denen die Parteien eine freiwillige Selbstverpflichtung eingegangen sind. Rechtlich durchsetzbar sei ein solches Anliegen nicht.

Stv. Reitz weist ebenfalls darauf hin, dass es rechtlich nicht möglich ist, als Stadt Parteien zu einem solchen Handeln zu verpflichten. Es sei Sache der Parteien, unter einander eine entsprechende Regelung zu finden, wenn dies von den Parteien überhaupt gewollt sei. Dadurch solle eine Reduzierung der Plakatmenge erzielt werden, was wiederum der Bevorzugung von kleineren Parteien diene - das sei die eigentliche Stoßrichtung des Antrages.

Stv. Bohrer fühlt sich völlig falsch verstanden. Es ginge keineswegs um die Bevorzugung kleinerer Parteien. Es solle vielmehr gleichberechtigte Werbung entstehen. Eine politische Willenserklärung des Ausschusses sei sein Ziel. Der Ausschuss könne über die Parteigrenzen hinaus ein Signal setzen.

Stv. Schickel geht davon aus, dass der Antrag nicht in den Kompetenzbereich des Ausschusses falle. Die Parteien seien sicher wenig erfreut, wenn seitens des Ausschusses ein solcher Vorstoß erfolge. Nach seiner Auffassung seien die Parteien selber verantwortlich - wenn, dann müsse von dort ein Vorstoß erfolgen.

Stv. Müller weist darauf hin, dass die Diskussion über die Plakatierung so alt ist, wie es Wahlkämpfe gibt. Wenn die Parteien selber an eine Beschränkung denken, sei das in Ordnung. Man müsse auch bedenken, dass bei einer entsprechenden Verpflichtung auch kontrolliert werden müsste - wer macht das dann?

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass es in Limburg eine freiwillige Verpflichtung gäbe und nicht kontrolliert werden müsste, da sich ja alle daran halten.

gegen Linke Liste abgelehnt

0048 09-F-06-0029

Rufnummer "115" in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 16.06.2009 -

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Bohrer begründet den Antrag und stellt einen verbesserten Bürgerservice als Beweggrund dar. Nach seiner Kenntnis hängt es von den Städten ab, ob sie in das Projekt mit einsteigen möchten. Man habe bisher in den anderen Städten positive Erfahrungen gemacht. Die LHW sollte sich möglichst auch beteiligen.

Frau Zieren-Hesse (Hauptamt) berichtet, dass die LHW an dem Konzept beteiligt war. Man habe Bereitschaft erklärt und in einer Arbeitsgruppe auch an der Erstellung des Feinkonzepts mitgearbeitet. Einige Städte, z. B. Essen und Berlin, seien bereits an dem Projekt beteiligt. Bund und Länder werden sich nicht an den Kosten beteiligen. Man müsse zur Umsetzung des Konzepts aber richtig Geld in die Hand nehmen. Anfang des Jahres habe man den Main-Taunus-Kreis besucht, die das Konzept fast fertig gestellt haben. Wenn Wiesbaden das Konzept umsetze, könne man mit der Zentrale aus Platzgründen nicht mehr im Rathaus bleiben.

Sie weist auf Nachfrage von Herrn Bohrer darauf hin, dass man von der jetzigen Art der Zentrale weg kommen wolle. Hinter 115 verberge sich aber, dass man diese Nummer wählt und Auskünfte über Frankfurt usw. bekomme. Dazu sei aber erforderlich, dass alle Bereiche und auswärtigen Behörden usw. mitmachen. Die Umsetzung könne nur langfristig ein Ziel sein. Mit den Pilotkommunen wolle man demnächst Kontakt aufnehmen. Man müsse auch bedenken, dass man für eine solche Umstrukturierung wesentlich mehr Personal brauche und von daher ein zeitlicher Vorlauf notwendig ist.

Der Antrag ist durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache erledigt.

Der Ausschuss bittet den Magistrat aber, in der Sitzung am 08.09.09 über die Entwicklung in dieser Angelegenheit zu berichten.

Einstimmig

0049 08-F-25-0149

Ausbau des Breitbandkabelnetzes
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.11.2008 -

Stv. Schickel vermisst einen konkreten Hinweis der Telekom und weitere Perspektiven. Außerdem ist er davon ausgegangen, dass Stadtrat Bendel in der Sitzung anwesend ist.

Vors. Spallek sieht den Antrag durch die Beantwortung der Fragen und Zusatzfragen als erledigt an. Der Magistrat sollte zeitnah Verhandlungen mit der Telekom über die DSL-Versorgung aufnehmen, denn es seien auch andere Ortsteile betroffen.

Stv. Sommer weist darauf hin, dass es Unterschiede bei der DSL-Versorgung, vor allem durch Telekom oder andere Anbieter gäbe.

Für Stv. David steht die Beantwortung von Frage 3 noch aus.

Stv. Sommer geht davon aus, dass ein Mitglied des Ortsbeirates seine Fraktion aufklärt, wenn Fragen aufkommen. Man habe 6 verschiedene DSL-Anbieter angesprochen. Von daher können keine

**Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

wettbewerbsrechtlichen Gründe vorliegen. Alle anderen Anbieter seien nur provider, die andere Kabel nutzten.

Vors. Spallek sieht durch die schriftlichen Berichte alle Fragen des Ausschusses geklärt. Fragen des Ortsbeirates müssten dort geklärt werden.

Die Berichte werden zur Kenntnis genommen und der Magistrat zusätzlich gebeten, weiterhin mit Nachdruck die Versorgung mit Breitbandkabelnetz zu betreiben.

Einstimmig

0050 09-F-01-0041

Amtliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.04.2009 -

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0051 09-A-21-0002

Ludwig-Beck-Preis

Vors. Spallek erklärt kurz, warum dieser Punkt auf die Tagesordnung genommen wurde. Man wolle sich von der Verwaltung erklären lassen, was zukünftig mit diesem Preis geschehen solle. Man hätte sich gewünscht, dass der Ausschuss bereits im Vorfeld über die geplanten Änderungen informiert worden wäre.

Frau Zieren-Hesse erklärt, dass bisher lediglich neu geplant wurde, die Entscheidung aber bei der Stadtverordnetenversammlung läge, die Änderungen für diesen Preis beschließen müsse. Man habe sich vorgestellt, einen Preis für Zivilcourage auszuschreiben, der nicht auf Wiesbaden beschränkt bleiben soll und einen weiteren Preis ausloben wolle, der weniger hoch dotiert aber mit Wiesbaden-Bezug vergeben werden solle.

Die Preisverleihung solle in einem größeren Turnus erfolgen. Am 14.07.09 seien Expertengespräche zum Thema „Wie ehrt die Stadt besondere Persönlichkeiten“ vorgesehen. Man habe dazu Personen eingeladen, die z. B. im Bundespräsidialamt und bei der Staatskanzlei tätig seien. Nach der Sommerpause würden dem Ausschuss und dem Parlament Vorschläge zum geänderten Verfahren vorgelegt.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass die Fraktionen in keiner Weise an diesem Prozess beteiligt gewesen wären. Man habe sich in der Vergangenheit bereits über die Bezeichnung des Preises auseinandergesetzt. Um Zivilcourage gehe es dabei gar nicht, aber der Name „Beck“ sei durch den Preis bekannt gemacht worden. Der Ansatz sei damals schon nicht geradlinig gewesen, aber jetzt wolle man sogar Auswärtige beteiligen. Solle dies bedeuten, dass es in Wiesbaden sehr friedlich zugehe? Die politischen Kräfte im Haus müssen auf jeden Fall in die Entscheidungsfindung mit eingebunden werden.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Zieren-Hesse berichtet, dass die Experten Vorträge halten sollen und die Fraktionen sowie Frau Thiels zu dem Gespräch am 14.07.09 auf jeden Fall eingeladen würden.

Stv. Bohrer gibt zu bedenken, dass man im Ausschuss für Schule und Kultur schon mit der Gestaltung der Schlachthoframpe überrascht wurden.

Die jetzige mögliche Umgestaltung des Preises müsste demokratisch transparent erfolgen. Man sollte die Debatte vielleicht öffentlich machen und nicht nur Experten anhören.

Stv. Manjura lässt sich von Frau Zieren-Hesse bestätigen, dass es sich bei dem Termin am 14.07.09 um eine Kick-Off-Veranstaltung handele, der Fahrplan, wie es weitergehen kann, werde anschließend gemacht.

Für Stv. Müller wurde die Gestaltung der Schlachthoframpe der Öffentlichkeit vorgestellt und zwei Mal in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Vors. Spallek drückt im Namen des Ausschusses sein Bedauern über den bisherigen Vorlauf zur Änderung der Preisvergabe aus und bittet den Magistrat, das Stadtparlament, die Fachausschüsse und die Fraktionen zukünftig rechtzeitig in Prozesse von solch besonderer Tragweite einzubeziehen.

Einstimmig

0052 07-F-25-0071

"Willkommenspaket" für Neubürgerinnen und Neubürger und Studierende
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.06.2007 -

Vors. Spallek berichtet zum Stand des Antrages, dass dieser bereits aus dem Jahre 2007 datiert und im Jahr 2008 im Ausschuss ein erster Entwurf eines Willkommenspaketes vorgestellt wurde. Danach habe man nichts mehr gehört.

Frau Zieren-Hesse berichtet, dass zunächst Dezernat VII für die Gestaltung des Willkommenspaketes zuständig war und das Hauptamt den Auftrag im Sommer 2008 übernommen habe. Man habe Wiesbaden-Marketing eingeschaltet. Ziel war es, etwas Handliches zu erstellen, das ohne Probleme in die Handtasche oder ins Sakko gesteckt werden könne. Das Willkommenspaket soll ein Kennenlernen der Stadt und ein Einleben erleichtern. Es soll im Bürgerbüro und in den Ortsverwaltungen erhältlich sein.

Das Willkommenspaket wird einen städt. Wegweiser (neu aufgelegt), eine „Visitenkarte“ der LHW mit wichtigen Telefonnummern, eine Übersicht über Sehenswertes, einen Innenstadtplan mit wichtigen Veranstaltungen, einen Flyer über das Bürgerbüro und die Ortsverwaltungen, einen Liniennetzplan, 2 ESWE-Fahrkarten und einen Gutschein für eine Energiesparlampe enthalten.

Zahlen und Fakten werden auf ein Minimum beschränkt.

Die Kosten für das Willkommenspaket sind ermittelt und werden jetzt mit 33 verhandelt. Man erwarte in 1 bis 2 Wochen Rückmeldung von 33. Evtl. sei schon mit einem Druck vor der Sommerpause zu rechnen.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Juni 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Das Paket für Studis und Azubis wird von Dezernat VII betreut und ist weitergehend als das Willkommenspaket.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und bittet den Magistrat, in der nächsten Ausschusssitzung das Willkommenspaket vorzustellen und über den Sachstand des Paketes für Studis und Azubis zu berichten.

Einstimmig

0053 Bericht der Dezernentin

Dieser neu aufgenommene Punkt kann in der heutigen Sitzung nicht bedient werden, da Frau Zeimetz rechtzeitig beim Neubürgerempfang anwesend sein muss.

Einstimmig

0054 Verschiedenes

Der Ausschuss wird sich möglichst in seiner Sitzung am 08.09.09 in der Feuerwache am Kurt-Schumacher-Ring treffen und evtl. an einer Kontrollfahrt eines Einsatzfahrzeuges teilnehmen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .08.2009

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba